

01.08.2018 – PM 53/2018

Ausbildungsstart 2018

IG BAU fordert bessere Ausbildungsbedingungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert für das Bauhandwerk eine deutlich bessere Ausbildungsqualität und zukunftsfähige Beschäftigungsbedingungen. Anlässlich des Starts des Ausbildungsjahres sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers: „Es ist schon überraschend, wenn sich ein Handwerkspräsident heute hinstellt und Krokodilstränen über den fehlenden Nachwuchs in seinen Branchen vergießt. Gleichzeitig leisten sich immer noch Betriebe die Riesensauerei die Azubi-Vergütung um 20 Prozent reduzieren zu lassen. Hiergegen vorzugehen, wäre deutlich sinnvoller als ein Appell an die junge Generation, sich bei Handwerksbetrieben zu bewerben. Das kommt genauso wenig an wie eine teure Imagekampagne. Die jungen Menschen haben gelernt. Sie sind begehrt und können sich die Rosinen herauspicken. Das Bauhandwerk gehört leider nicht mehr dazu, weil die Arbeitgeber trotz Baubooms nicht bereit sind, die Rahmenbedingungen endlich denen in der Industrie anzugleichen. Wir fordern seit Jahren in jeder Tarifrunde Verbesserungen. Aber der Widerstand der Arbeitgeber ist enorm. Es geht nur mit Mini-Schritten voran.“

Die IG BAU setzt sich für eine bessere Ausbildungsqualität im Bauhandwerk ein. Die Vergütung ist dabei nur ein Bestandteil. Einen großen Einfluss auf das Image der Bauberufe haben zudem das Betriebsklima und die Betreuung. „So mancher Chef sieht in Auszubildenden nur billige Mitarbeiter. Das ist aber nicht Sinn einer Ausbildung. Betreuer der Berufseinsteiger fehlen oft, und von einer betrieblich organisierten Prüfungsvorbereitung wie in Industriebetrieben können die meisten Bau-Auszubildenden nur träumen“, sagte Schäfers. „Hinzu kommt die fehlende attraktive Perspektive. Nach der Ausbildung geht's mit Befristungen und niedrigen Startlöhnen weiter. Durch die Abschaffung der Meisterpflicht, wie zum Beispiel im Fliesenlegerhandwerk, wurden diese für den Nachwuchs besonders unattraktiv. Hier ist auch die Politik gefordert, diese Fehlentwicklung zu korrigieren.“